

Die angelockte Einwanderung

„Gastarbeiter“-Politik und deutsche Geschichte

KLAUS J. BADE (Hrsg.): *Auswanderer - Wanderarbeiter - Gastarbeiter. Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wanderung in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Referate und Diskussionsbeiträge des Internationalen Wissenschaftlichen Symposiums „Vom Auswanderungsland zum Einwanderungsland?“ in Tutzing*. 822 Seiten in 2 Bänden, Scripta Mercaturae Verlag, Ostfildern. 78 Mark.

KLAUS J. BADE: *Vom Auswanderungsland zum Einwanderungsland? Deutschland 1880-1980, Colloquium Verlag, Berlin*. 133 Seiten, 12,80 Mark.

Eine Reihe renommierter Wissenschaftler unterschiedlicher Fachrichtungen hat die Entwicklung Deutschlands „vom Auswanderungsland zum Einwanderungsland“ im Herbst 1982 auf einer Tagung in Tutzing kontrovers und leidenschaftlich diskutiert. Die einzelnen Beiträge sind jetzt als äußerst informatives und zugleich explosives Material veröffentlicht worden.

Die Grundeinsicht des Symposiums faßt Wolfgang Klauder von der Nürnberger Bundesanstalt zusammen: Die ausländische Wohnbevölkerung wird auch durch Rückzugsprämien nicht geringer; sie ist dauerhafter Teil der bundesrepublikanischen Einwohnerschaft. Selbst ohne weiteren Zuzug und bei rückläufiger Geburtenrate errechnet Klauder einen Anstieg der Ausländer von 4,8 Millionen 1982 auf 5,5 Millionen bis zum Jahr 2000.

Lokalstudien bestätigen den Trend zum Bleiben; die Autoren der Bundesanstalt sehen das täglich vor der Tür. Fast 75 Prozent der in Nürnberg lebenden Griechen und Jugoslawen im Alter von über 15 Jahren, über 50 Prozent der Türken und nahezu 90 Prozent der Spanier sind bereits länger als 5 Jahre in ihrer neuen Heimatstadt. Der Stadtrat hat 1982 deshalb mit Mehrheit anerkannt: „Die Stadt Nürnberg betrachtet die hier lebenden ausländischen Familien als Mitbürger, deren Aufenthalt nicht als vorübergehend angesehen wird.“

Der Einwand, die Ausländer nähmen den Deutschen die Arbeitsplätze weg, ohne die 2,5 Millionen „Gastarbeiter“ hätten vier Vollbeschäftigung und ohne ihre Familien mehr Geld in der Staatskasse: Das alles sind Milchmädchenrechnungen, wie Günter Schiller, Wirtschaftsprofessor aus Wuppertal, zeigt. Schon in der Zeit massiver Anwerbung haben sich die Deutschen weitgehend aus ganzen Wirtschaftsbereichen zurückgezogen, so daß ein völliger Exodus der Ausländer, nicht nur wegen des Kaufkraftverlusts, einer mutwilligen Demontage der Wirtschaft gleichkäme.

Auf einen wichtigen innenpolitischen Aspekt weist Knuth Dohse vom Berliner Institut für Ver-

gleichende Gesellschaftsforschung hin: Die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte begann keineswegs erst, als der deutsche Arbeitsmarkt leergefegt war. Das erste Anwerbeabkommen mit Italien wurde bereits 1955 unterzeichnet, als in Deutschland noch rund eine Million Arbeitslose auf der Straße stand. Recht schlüssig legt der Sozialwissenschaftler dar, daß nicht zuletzt Angst vor stärkerem Arbeitnehmereinfluß (durch die Gewerkschaften) in Zeiten anstehender Vollbeschäftigung die Unternehmer bewogen habe, zusätzliche dispo­nible Arbeitskräfte ins Land zu holen. Die Mobilität bis hin zum Rückkehrzwang sollte der Staat garantieren (und so soziale Vollaasten vermeiden) durch das Ausländergesetz von 1965, das – so Dohse – „eine verschärfte Form des nationalsozialistischen Fremdenrechts“ darstellte.

So aktuell-politisch viele der Tutzinger Beiträge sind, so wenig beschränken sich die beiden Bände auf pragmatische Aspekte. Dafür bürgt schon der frühere Erlanger und jetzige Osna-brücker Historiker Klaus J. Bade, der als Herausgeber den Einzelbeiträgen einen weiten, aber nie uferlosen Rahmen setzt. In seinen eigenen Artikeln zeigt Bade frapperende geschichtliche Parallelen zur scheinbar so neuen Ausländerproblematik. Schon im letzten Jahrhundert, als Deutschland noch seinerseits soziale Probleme durch Export von Bevölkerung löste, waren ausländische Wanderarbeiter, meist aus dem benachbarten Polen, ein begehrter Puffer am Arbeitsmarkt. Als sich die Zahl der fremden Berg- und Industriearbeiter zwischen 1871 und 1910 versechsfacht hatte, machte sich im Ruhrgebiet Furcht vor einer „Polonisierung“ breit. Waren die Polen die Türken der Jahrhundertwende?

Bade läßt sich auf so pauschale Zuordnungen nicht ein, doch sein Interesse an der Gegenwart kann der Historiker weder im Tagungsbericht noch in seinem wenig vorher erschienenen Taschenbuch zum selben Thema verleugnen. Was Klauder aus statistischen Hochrechnungen folgert, schließt Bade aus der historischen Erfahrung: Ein Rück-Export der arbeitslosen Ausländer in die größere und noch wachsende Arbeitslosigkeit ihrer Herkunftsländer bleibt Illusion. Der Fehlschlag von Zimmermanns Rückkehrprämien hat dies deutlich gemacht.

Der ehemalige Präsident der Bundesanstalt, Josef Stingl, wünscht dem Tutzinger Bericht in seinem Geleitwort, er möge zur Förderung der Toleranz zwischen Ausländern und Deutschen beitragen. Zum Verständnis der Probleme jedenfalls ist das umfangliche Werk sicher der wertvollste Beitrag des Jahres.

DIETER ROSSMEISSL